***Widerspruchs-/Antragsmuster***

*Absender*

An die

*zuständige Bezügestelle (LBV etc.; Adressat je nach Dienstherr anpassen!)*

 *Datum*

Personalnummer: …………………………………………………

**Widerspruch gegen die Festsetzung der Besoldung/Versorgung (*nicht Zutreffendes streichen*); Antrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Beamtinnen und Beamte haben Anspruch auf eine amtsangemessene Alimentation nach Art. 33 Abs. 5 GG.

Dazu hat das Bundesverfassungsgericht in grundlegenden und umfassenden Entscheidungen (vgl. Bundesverfassungsgericht, Zweiter Senat, Beschluss vom 17. November 2015 zur sog. A-Besoldung – Az.: 2 BvL 5/13) ausdrückliche und verbindliche Festlegungen getroffen.

Diese Vorgaben hat es in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 (vgl. BVerfG 2 BvL 4/18) zur Besoldung von Richterinnen und Richter im Land Berlin ausdrücklich bestätigt, konkretisiert und die Berechnungsparameter präzisiert.

Ebenso hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) in einer Entscheidung v. 30.11.2021 (Vorlagebeschluss an das BVerfG, Az.14863/18**)** die Alimentation hessischer Beamter als verfassungswidrig zu niedrig erachtet.

Dabei wurde insbesondere das Mindestabstandsgebot zum Grundsicherungsniveau als ein eigenständiger hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums hervorgehoben.

Den mit Art. 33 GG vorgegebenen und durch die Rechtsprechung ausgeschärften Vorgaben ist der Besoldungsgesetzgeber in ***[bitte Land angegeben]*** auch im Jahr 2023 nicht nachgekommen.

Im Hinblick auf die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sowie des VGH gehe ich davon aus, dass die mir gewährte Besoldung bzw. Versorgung *(****nicht Zutreffendes streichen*)** nicht ausreichend ist, sodass ich gegen diese

**Widerspruch einlege und beantrage**,

**mir eine amtsangemessene Besoldung bzw. Versorgung (nicht Zutreffendes streichen) zu gewähren, die den in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2015 sowie aus dem Jahr 2020 und der Entscheidung des VGH aufgestellten Parametern und damit dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation entspricht.**

Gleichzeitig bitte ich, bis zur verfassungsgemäßen Umsetzung der Entscheidungen durch den für meine Besoldung zuständigen Gesetzgeber meinen Antrag ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und mir dies entsprechend zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

*Unterschrift*